



**1. Oktober Volksentscheid**

**JA zum Entwurf  
des Bayerischen Landtags.  
Damit nicht  
wenige alles blockieren.**

Wahlauf Ruf der CSU an die  
Bürgerinnen und Bürger Bayerns  
- Beschlußvorlage -

59. Parteitag 1995  
der Christlich-Sozialen Union  
8./9. September 1995, München

## **Der Parteitag möge beschließen:**

Am 1. Oktober stimmen die Bürgerinnen und Bürger Bayerns mit einem Volksentscheid über erweiterte Mitwirkungsmöglichkeiten in der Kommunalpolitik ab. Sie haben die Wahl zwischen dem von der CSU eingebrachten Gesetzentwurf des Bayerischen Landtags und dem Entwurf einer von SPD und Grünen unterstützten Bürgerinitiative.

Die CSU will eine verstärkte Mitwirkung am kommunalen Geschehen. Unser Vorschlag unterstützt den selbstbewußten und über die eigenen Interessen hinaus engagierten Bürger. Deshalb bietet der Entwurf der CSU als zusätzliches Instrument den Bürgerantrag. Ein einfach zu handhabendes Mittel direkter Bürgerbeteiligung, welches weder der Vorschlag der Bürgerinitiative vorsieht, noch in einem anderen Bundesland möglich ist. Wir wenden uns aber gegen Modelle, die den Eigennutz und Egoismus Einzelner oder kleiner, lautstarker Gruppen fördern.

Unser Hauptaugenmerk gilt den Arbeitsplätzen sowie den sozialen und kulturellen Einrichtungen in unseren bayerischen Kommunen. Wer schon wenigen Betroffenen volle Entscheidungsgewalt zubilligt, riskiert die weitere gedeihliche Entwicklung unserer Gemeinden, Städte und Landkreise; setzt das Wohl der Allgemeinheit aufs Spiel. Davor schützt der Entwurf des Bayerischen Landtags.

Die CSU wendet sich gegen das Diktat der Intoleranz kleiner Gruppen gegenüber der Mehrheit. Eine Mindestzustimmung (Quorum) sichert Entscheidungen losgelöst von Einzelinteressen und bringt den demokratischen Willen der Bevölkerung zum Ausdruck. Entscheidungen müssen berechenbar bleiben und von breiter Zustimmung getragen sein.

Wir wenden uns gegen eine politische „Konsumhaltung“, in der jeder alles fordern kann, ohne Rücksicht auf Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten. Wer Forderungen erhebt, muß dem Steuerzahler klar sagen, welche Mittel dafür notwendig sind und woher diese genommen werden sollen: Initiative und finanzpolitische Verantwortung gehören zusammen !

Die CSU setzt sich für ein sauberes und korrektes Verfahren ein. Wir wollen beim Bürgerbegehren keine Unterschriftensammlungen außerhalb von amtlichen Räu-

men und damit sozialen Druck bei Sammlungen an der Haustüre, am Arbeitsplatz oder auf der Straße vermeiden.

**Mehr Bürgerbeteiligung soll Kommunalpolitik beleben und nicht verhindern.** Wir sind deshalb gegen die von der Bürgerinitiative beabsichtigten Blockadewirkungen. Entwicklung braucht Freiraum, kein Zwangskorsett.

### **Wir appellieren an die Bürgerinnen und Bürger Bayerns:**

- \* Verhindern Sie die Dominanz lautstarker Minderheiten gegenüber der Mehrheit und wirken Sie damit einem gefährlichen Trend der „Diktatur kleiner Gruppen“ entgegen (Kruzifix-Urteil !).
- \* Stimmen Sie gegen die von SPD und Grünen in Kauf genommene Blockadepolitik und verhindern Sie die Förderung egoistischer Einzelinteressen auf Kosten der Allgemeinheit.
- \* Setzen Sie sich ein für die weitere Entwicklung unserer Kommunen, für neue Arbeitsplätze und soziale Einrichtungen, schaffen Sie Planungs- und Investitionssicherheit für Wirtschaft und soziale Träger.
- \* Sichern Sie die Entscheidungs-, Handlungs- und Arbeitsfähigkeit der demokratisch gewählten kommunalen Gremien und auch der Verwaltungen.
- \* Stimmen Sie gegen Dauerwahlkämpfe in unseren Gemeinden und Landkreisen und schützen Sie sich mit der Mindestzustimmung (Quorum) vor einer Dominanz eigennütziger Minderheiten.
- \* Entscheiden Sie sich für die Offenlegung von Kosten und Finanzierungswegen und verhindern Sie Verschleierungstaktik.
- \* Bewahren Sie dadurch Ihre Gemeinde und Ihren Landkreis vor nicht finanzierbaren Forderungen und sichern Sie damit kalkulierbare und stabile Gemeindefinanzen.

Unterstützen Sie den von der CSU eingebrachten Gesetzentwurf. Er ist die richtige Kombination von kommunalpolitischer Verantwortung der Gewählten und direktem Bürgerentscheid in besonders wichtigen Fragen.

**Die CSU ruft die Bürgerinnen und Bürger Bayerns auf:**

**Gehen Sie am 1. Oktober zur Abstimmung und entscheiden Sie sich für den Gesetzentwurf des Bayerischen Landtags,**

- \* damit Bayern vorn bleibt,**
- \* damit es in unseren Gemeinden erfolgreich weitergeht,**
- \* damit unsere Heimat eine gute Zukunft hat und**
- \* damit nicht wenige alles blockieren.**

**Nutzen Sie auch die Möglichkeit der Briefwahl!**

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hannoverschen Staatsbibliothek - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP